

Antrag A15

Antragssteller*innen: BV Neukölln

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Soziale Haushaltspolitik - Kürzungen Verhindern

2
3 Im Sondierungsergebnis wird das Ziel ausgegeben, Einschnitte bei der sozialen
4 Infrastruktur zu vermeiden. Gleichzeitig ist mit der formulierten haushaltspolitischen
5 Strategie noch nicht hinreichend klar, dass Angebotskürzungen wirklich verhindert
6 werden können.
7 Der Landesparteitag fordert die an den Koalitionsverhandlungen im Bereich Haushalt
8 und Finanzen beteiligten Vertreter*innen von Die Linke Berlin auf, sich für eine
9 deutlichere Stärkung der Einnahmeseite einzusetzen und die Ausschöpfung der
10 Verschuldungsmöglichkeiten zu konkretisieren, wie wir es im Wahlprogramm gefordert
11 haben.
12 Dies beinhaltet eine Anhebung der Grunderwerbssteuer und der Hebesätze bei der
13 Gewerbesteuer mindestens auf Brandenburger Niveau. Allein dadurch sind deutlich
14 mehr als der im Sondierungspapier vereinbarte Mindestbetrag von 400 Mio. Euro
15 jährlich zu erwarten. Auch die Luxuvillensteuer sollte im Koalitionsvertrag konkretisiert
16 werden. Ebenfalls wollen wir an der Forderung nach mehr Steuerprüfer*innen im
17 Finanzamt und Ermittler*innen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzkriminalität
18 festhalten. Auch hier ist mit deutlichen Mehreinnahmen zu rechnen.
19 Darüber hinaus ist neben der Einführung eines Gästetickets eine Nutznießerabgabe
20 bspw. für Arbeitgebende als dritte Finanzierungssäule für den ÖPNV zu prüfen. Mit
21 einer solchen Maßnahme würde das Deutschlandticket für Beschäftigte günstiger und
22 es entstehen zusätzliche Mittel zur Finanzierung des ÖPNV oder des Sozialtickets. Bei
23 27 Mio. Übernachtungen pro Jahr führt ein Gästeticket mit bis zu 10 Euro pro
24 Übernachtung zu Beitragseinnahmen von über 200 Mio. Euro jährlich und fördert
25 zudem die Nutzung des klimafreundlichen ÖPNV. Eine Arbeitgeberabgabe leicht über
26 dem Niveau des aktuellen Mindestbetrags für das Deutschlandticket Job könnte je
27 nach Ausgestaltung zu noch höheren Beitragseinnahmen führen.
28 Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Lage ist eine Anpassung der
29 Berechnungsmethode der Konjunkturkomponente sowie eine Notlage bei der
30 Schuldenbremse aufgrund der Klimakrise wie in Bremen zu prüfen, um
31 Verschuldungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Es sind weiterhin größere investive
32 Anstrengungen in die Infrastruktur notwendig, um die seit Jahren bestehende Krise zu
33 überwinden.
34 Wo möglich und ökonomisch sinnvoll soll eine schuldenbremsenneutrale Finanzierung
35 über finanzielle Transaktionen anvisiert werden. Insbesondere ist zu prüfen, inwiefern
36 der Howoge-Anteil der Berliner Schulbauoffensive anstelle der Abfinanzierung über
37 Mieteinnahmen für Schulgebäude auf finanzielle Transaktionen umgestellt werden
38 kann. Dies könnte die künftigen Landeshaushalte um Beträge im dreistelligen
39 Millionenbereich entlasten. Darüber hinaus ist die Umstellung der
40 Investitionszuschüsse für Krankenhäuser auf ein Abfinanzierungsmodell wie in
41 Thüringen zu prüfen.
42 Nur durch eine deutliche Stärkung der Einnahmen und die Ausschöpfung der
43 Verschuldungsmöglichkeiten kann die inflations- und tarifgebundene
44 Ausgabenentwicklung im sozialen Bereich aufgefangen werden. Die Linke muss alles
45 tun, um Einschränkungen der Angebote zu verhindern und Druck von den
46 Beschäftigten der Träger zu nehmen.